

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Bei jeder Bestellung ertheilt man die Gewährung eines Monats gratis, der jedoch bei Rücksendung der Zeitung infolge von Verspätung oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Erstattung. Die einseitige Zelle ober deren Raum 18 Wg., die Restzelle 45 Wg. Bei Abnahme von 100 Exemplaren 100 Wg., die Restzelle 45 Wg. Preisung der Zeitung: Volkshaus Stuttgart 3789 / Telegr. Adr.: „Tannenblatt“ / Tel. 321.

Numer 83

Altensteig, Samstag, den 8. April 1933

58. Jahrgang

Erklärungen des Reichsbankpräsidenten

Berlin, 7. April. In der Generalversammlung der Reichsbank machte vor Eintritt in die Tagesordnung Reichsbankpräsident Dr. Schacht Ausführungen, die sich auf das Geschäft der Reichsbank auf die allgemeine Wirtschaftslage und die wirtschaftspolitischen Erfordernisse der Gegenwart bezogen. Er sagte, das bemerkenswerthe an dem Abschluss der Reichsbank sei die recht erhebliche Schrumpfung der Umläufe, die im Jahre 1932 gegen 1931 um 15,6 Prozent zurückgegangen seien. Auf der anderen Seite habe sich aber eine gewisse Geländung des Geschäftsvollzuges. Die Folgen der Inflation von 1931 seien aber bei weitem noch nicht überwunden. Die Lage des deutschen Bankgewerbes sei noch immer schwierig. Die Lage der Sparkassen habe sich bedeutend gebessert, die Einzahlungen seien bis in die jüngste Zeit größer als die Auszahlungen. Durch die Uamwandlung der Preisenkasse in ein Reichsinstitut sei die Gewähr für einheitliche Behandlung der Genossenschaften geboten. Dr. Schacht betonte, daß die Reform des Bankwesens, an der auch die Reichsbank beteiligt sein müsse, jetzt in Ruhe und ohne jede Störung des Wirtschaftstehens vor sich gehen könnte. Der nationalpolitische Umschwung habe das deutsche Volk von der Illusion geheilt, daß man allein mit ausländischer Hilfe zu einer wirtschaftlichen Besserung kommen könne. Klare Erkenntnis der Tatsachen sei die Voraussetzung für jede Gesundung. Aus diesem Grunde werde jetzt auch die wahre Goldbedeutung in den Reichsbankausweisen gezeigt. Andererseits müsse jetzt auch anzuerkannt werden, daß hinter den Erwartungen zurückbleibenden Heberhöhen des Außenhandels dem Auslande der Ernst der deutschen Devisenlage vorzuführen werden, da die Entwicklung des Außenhandels ihre zwangsbefolgt haben müssen. Seine kommerziellen Schuldverpflichtungen werde Deutschland in jedem Falle halten müssen, um nicht das Vertrauen des Auslandes zu seinem Leistungswillen zu verlieren. Für die Reichsbank ergebe sich die Notwendigkeit einer Umkehrung ihrer Geld- und Devisenpolicies, damit sie freie Bewegungskraft im internationalen Zahlungsverkehr gewinne, wenn die Reichsmarktwährung einmal nicht mehr, wie es jetzt sei, ihrer nationalen Funktion feinselbst aufgehoben werden, da alles darauf ankomme, die Währung stabil zu halten. Mit besonderem Nachdruck betonte Dr. Schacht, daß die Reichsbank das eine Ziel im Auge habe, die Wertbeständigkeit der Reichsmark gleichmäßig zu erhalten. Der deutsche Sparer könne sich auf die unerhöhrliche Macht der Reichsbank über die deutsche Währung unbedingt verlassen.

Zu der Frage der Arbeitsbeschaffungspläne äußerte sich Dr. Schacht dahingehend, daß die Reichsbank jeden Kreditnehmer, der 1000 RM. verlange, ernster nehmen als die Leute, die gleich bei 100 Millionen RM anfragen. Die Aufarbeitung der Wirtschaft könne nicht durch Notstandsarbeiten wie Gräbenziehen, Schotteranschütten usw. herbeigeführt werden. Vielmehr seien die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion, durch die Devisen erspart würden, und die Erstellung industrieller Aufträge notwendig, um die Wirtschaft anzukurbeln. Neben einer gesunden Agrarpolitik zur Pflege des Binnenmarktes empfahl Dr. Schacht Aufträge der öffentlichen Betriebe, die sich gerade für das Klein-gewerbe günstig auswirken. Weiter zeigte sich Dr. Schacht für eine vorläufige und Sparame Finanzpolitik und für eine pflegliche Behandlung des Geldmarktes ein, um zu niedrigeren Zinssätzen zu kommen; Diskontsenkungen allein genügen noch nicht, da sie zunächst nur einem kleinen Kreise von Banken zugute kämen.

Aufruf des Reichslandbundes

Berlin, 7. April. Der Bundesvorstand des Reichslandbundes nahm über das Einigungswort des deutschen Bauernrats eine Entschließung an und beschloß der Bundesvorstand, einen Aufruf zu einer Hiltierende des Reichslandbundes zu erlassen. In dem Aufruf heißt es: Geld hat kein Landmann! Aber eine Stube und Kohl auf ein, zwei, drei oder vier Wochen für einen deutschen Blutbruder aus dampfen, rauchigen Stadtmauern, der im Kampfe für das neue Deutschland immer sein Leben einsetzte. Dies soll unsere Spende werden, die es dem Bauernkanzler Adolf Hitler ermöglicht, vielen eine Erholung und ein heiliches Neuenleben in freier Natur zu geben. Gleichzeitig ist es ein Dank des Landes an die Mitkämpfer in den großen Städten, die im Ringen um die Wiedergewinnung der verführten Volks-seele die schwerste Arbeit hatten.

Wechsel bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich

Basel, 7. April. Wie wir erfahren, sind die deutschen Mitglieder des Verwaltungsrates der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Basel: Generaldirektor Dr. Reich, und Bankier Reichler, zurückgetreten. Anstelle von Bankier Reichler ist Baron Kurt von Schröder vom Bankhaus Stern u. Co. in den Verwaltungsrat eingetreten. Generaldirektor Reich ist wiederum zum Mitglied des Verwaltungsrates ernannt worden.

Einführung von Reichsstatthaltern in den Ländern

Keine Staatspräsidenten mehr - Das Reichsgeleit über den Tag der deutschen Arbeit verabschiedet

Berlin, 7. April. Conti wetet am Freitag mittag: Der bevorstehenden Kabinettsitzung wird eine Ministerbesprechung vorausgehen. Im wesentlichen werden die Beratungen der anheftpolitischen Lage und dem Entwurf eines Gesetzes über die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums gelten. Daneben wird auch ein Gesetzentwurf über die Neuwahl der Schöffen, Geschworenen und Handelsrichter beraten werden. Im Zusammenhang mit dem Gesetz des Berufsbeamtentums steht dann auch noch ein ergänzendes weiteres Gesetz das den ausscheidenden Beamten, deren Wirtschaftslage sich grundlegend ändert, die Möglichkeit geben soll sich von Mietverträgen und ähnlichen langfristigen Bindungen zu lösen.

Einen weiteren Hauptpunkt der Kabinettsberatungen wird das zweite Gleichschaltungsgesetz bilden, das die Länder noch härter als bisher mit dem Reich verknüpfen soll. Im wesentlichen dürfte es sich dabei um die Frage der Einführung von Statthaltern des Reiches in den Ländern handeln, die durch die Reichsregierung berufen werden sollen und die ihrerseits wiederum die Vorsitzenden der Landesregierungen ernennen sollen. Diese werden dann auf Vorschlag der Landesparlamente die Mitglieder der Landesregierung berufen. Eine besondere Lösung wird wahrscheinlich in Preußen getroffen werden, wo der Reichskanzler selbst die Statthalterei übernehmen dürfte.

Ferner wird sich das Kabinett noch mit verschiedenen Wirtschaftstagen beschäftigen. Vor allem werden diese Beratungen der Kraftfahrzeuge- und Kennzeichengesetz dienen.

Daneben werden in den zukünftigen Kabinetts eine ganze Reihe weiterer wichtiger Gesetzesentwürfe vorbereitet. So sind Erziehungsgesetze darüber im Gange, eine Bereinigung der wirtschaftspolitischen Zentralbehörden in der Form vorzunehmen, daß das Reichsernährungsministerium und das preussische Landwirtschaftsministerium sowie ebenso das Reichswirtschaftsministerium mit dem preussischen Ministerium für Wirtschaft und Arbeit vereint werden. Auch auf anderen Gebieten sind gesetzgebende Neuerungen zu erwarten. So sind Erwägungen über ein Gesetz über die Einführung von Titeln, Orden und Ehrenzeichen im Gange.

Das Gleichschaltungsgesetz verabschiedet

Berlin, 7. April. Wie Conti erzählt, ist die Besprechung der Reichsminister, die am Freitag nachmittag 4.15 Uhr begann, abends 8 Uhr noch im Gange, und man rechnet damit, daß die sich anschließende Kabinettsitzung bis gegen Mitternacht dauern kann. Es liegen etwa zwölf Punkte auf der Tagesordnung. Davon ist das weitaus wichtigste Gesetz bereits beschlossen, nämlich das „Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“.

Dieses Gesetz bestimmt in seinem ersten Paragraphen, daß in den deutschen Ländern mit Ausnahme von Preußen der Reichspräsident auf Vorschlag des Reichskanzlers Reichsstatthalter ernannt. Sie haben die Aufgabe, für die Beobachtung der vom Reichskanzler aufgestellten Richtlinien der Politik zu sorgen. Der Reichsstatthalter hat folgende 5 Befugnisse der Landesgewalt:

1. Ernennung und Entlassung des Vorsitzenden und auf dessen Vorschlag der übrigen Mitglieder der Landesregierungen;
2. Auflösung des Landtages und Anordnung der Neuwahl vorbehaltlich der Regelung des § 8 des vorläufigen Gleichschaltungsgesetzes vom 11. März ds. Ja. Dieser Paragraph bestimmt, daß die Landtage gleichzeitig mit dem Reichstag auflöst und neu gewählt werden;
3. Ausfertigung und Verkündung der Landesgesetze, einschließlich der Gesetze, die von der Landesregierung gemäß § 1 des vorläufigen Gleichschaltungsgesetzes beschlossen werden (nach diesem § 1 sind die Landesregierungen ermächtigt, außer in den in den Landesverfassungen vorgesehenen Verfahren Landesgesetze zu beschließen. Dies gilt auch für Gesetze, die den in Artikel 85 Absatz 2 und 87 der Reichsverfassung bezeichneten Gesetzen entsprechen.
4. Auf Vorschlag der Landesregierung die Ernennung und Entlassung der unmittelbaren Staatsbeamten und Richter, so wie sie von der obersten Landesbehörde bisher erfolgte.
5. Das Begnadigungsrecht.

Nach den weiteren Bestimmungen des Gesetzes kann der Reichsstatthalter in der Sitzung einer Landesregierung den Vorsitz übernehmen. Er darf übrigens nicht gleichzeitig Mitglied einer Landesregierung sein, muß aber dem Lande angehören, dessen Staatsgewalt er ist. Er hat seinen Amtssitz am Sitz der Landesregierung. Der Reichsstatthalter wird auf die Dauer einer Landtagsperiode ernannt. Er kann auf Vorschlag des Reichskanzlers vom Reichspräsidenten jederzeit abberufen werden. Auf das Amt des Reichsstatthalters haben die Vorschriften des Reichsministergesetzes vom Jahre 1920 Anwendung. Die Dienstbezüge gehen zu Lasten des Reichs. Die Besoldung bleibt aber noch vorbehalten. Von besonderer Bedeutung ist die Bestimmung des Gesetzes, daß Mißtrauensbeschlüsse des Land-

tages gegen den Vorsitzenden und Mitglieder der Landesregierung unzulässig sind.

Im Anfang des Gleichschaltungsgesetzes ist die Regelung für Preußen, wie oben mitgeteilt, ausdrücklich ausgenommen. Sie erfolgt in besonderer Weise und zwar mit der Bestimmung, daß in Preußen der Reichskanzler die in § 1 genannten Rechte des Statthalters ausübt. Es wird ausdrücklich festgelegt, daß Mitglieder der Reichsregierung gleichzeitig Mitglieder der preussischen Landesregierung sein können. Diese neue gesetzliche Regelung für Preußen macht die Bestimmungen des Reichspräsidenten über das Reichskommissariat für Preußen überflüssig und es ist deshalb damit zu rechnen, daß der Reichspräsident diese Bestimmungen aufhebt.

Das neue Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich tritt am Tage der Verkündung in Kraft. Entgegenstehende Bestimmungen der Reichsverfassung und der Landesverfassungen gelten als aufgehoben. Wo die Landesverfassungen das Amt eines Staatspräsidenten vorsehen, treten diese Bestimmungen der Landesverfassungen außer Kraft.

Das neue Reichsreformwerk

Berlin, 7. April. Die Reichsreformstelle der NSDAP, über die zu dem neuen Reichsreformwerk der Regierung Dietrich u. a.:

Das neue Reichsreformwerk über die Statthalterei in den deutschen Ländern, das die Regierung der nationalen Revolution im Hinblick gebracht hat, kann in seiner nationalpolitischen Bedeutung kaum überschätzt werden. Seit Jahren wurde in Deutschland über das Problem der Reichsreform geschrieben und geschrieben. Man hat um die Begriffe „Unitarismus“ und „Föderalismus“ einen Fieber- und Wortkrieg geführt, der am Ende war. Die nationalsozialistische Bewegung hat sich bewußt an diesen fruchtlosen Auseinandersetzungen nicht beteiligt, sondern immer wieder zum Ausdruck gebracht, daß ohne die nationalpolitischen Voraussetzungen blässere nationalrechtliche Konstruktionen zwecklos sind. Jederzeit aber war die nationalsozialistische Bewegung sich bewußt, daß nach dem Siege der nationalen Revolution diese große Aufgabe der nationalpolitischen Einigung dem jungen Deutschland gebieterisch gestellt war und gelöst werden würde. Die Wege, die hier gegangen werden mußten und müssen, sind sowohl von der Geschichte, wie von der Natur vorgezeichnet. Die alten deutschen Stämme leben auch heute noch und sind die wahren Kraftspender der Nation. Gerade dieses Bewußtsein ist der tragende Gedanke des neuen Reichsreformwerkes. Seine Schöpfer sind von dem Willen befeuert, Gewordenes und Gewachsenes zu fördern. Sie wissen, daß Heimatliebe und blühendes kulturelles und wirtschaftliches Eigenleben der einzelnen Volksgenossen den obersten Reichsbedürfnissen ausleiten.

Stimmen der Berliner Presse

Berlin, 8. April. Die gestern vom Reichskabinett beschlossene Einführung von Reichsstatthaltern in den Ländern wird von allen Blättern übereinstimmend als ein ganz grundsätzlicher Schritt auf dem Wege zur Reichsreform bezeichnet.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ sagt, die Reichsstatthalter bedeuten nichts geringeres als das Ende des alten deutschen Föderalismus.

Der „Völkische Anzeiger“ betont, daß die Bedeutung dieses Gesetzes vor allem darin zum Ausdruck komme, daß mit einem Schlage alle Altensünden, über die „Erneuerung des Reiches“, über Föderalismus und Unitarismus erledigt seien.

Der „Tag“ nennt das Gesetz ein wahrhaft revolutionäres Ereignis, das grundsätzliche Änderungen bringe. Der Parlamentarismus als Herrschaftsreform in den Teilländern werde ausgerottet. Man werde vom Standpunkt des Föderalismus denken können und allgemein besonders nach den Prinzipien fragen, die bei der Auswahl der Statthalter maßgebend sein sollten. Es könnten dies nur überparteiliche, staatsliche, reichspolitische sein, denn aus solchen Antrieben erwachse die Volkshaltung, die solches Vorhaben psychologisch erst gestattete. Die Weimarer Teilsrepubliken seien so, die ersten Hammerhiebe um deutschen Reich würden getan; mögen sie genau bedacht werden, damit sie Dauerhaftes schmecken.

Das „Berliner Tageblatt“ bezeichnet es als von größter Bedeutung, daß die Landtage überall das Recht verlieren, durch Mißtrauensbeschlüsse Landesregierungen oder einzelne ihrer Mitglieder zum Rücktritt zu zwingen. Die Landesregierungen würden damit mit einem Schlage zum ausführenden Organ der Reichsgewalt. Fortan gebe es für die deutschen Länder zwar ein Eigenleben in der Pflege der eigenen Heimat, aber ein volles Leben nur im großen Verband der Nation.

Der „Völkische Beobachter“ sagt, die Zeit, in der man auf dem Boden der republikanischen Kleinstaaterei parteipolitische Machtkämpfe austragen konnte, ist jetzt ein für alle Mal vorbei. Zum ersten Mal seit langer Zeit triumphiert der Reichsgedanke wieder in einem in der deutschen Geschichte selten gewordenen Ausmaß. Der Parteienstaat von Weimar ist endgültig zu Grabe getragen. Der deutsche Nationalstaat marschiert.



Das Gesetz über den Feiertag der nationalen Arbeit beschlossen
 Berlin, 7. April. Wie wir erfahren, ist das Gesetz, durch das der 1. Mai zum Feiertag der nationalen Arbeit bestimmt wird, vom Reichskabinett bereits verabschiedet worden. Nach dem Gesetz gelten für diesen Feiertag die reichs- und landesgesetzlichen Bestimmungen, die für gesetzliche Feiertage überhaupt vorhanden sind. Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda wird die näheren Bestimmungen über den neuen Feiertag erlassen. Nach der Begründung dieses Gesetzes sind die bisherigen Feiertage nur kirchlicher Art und sie beruhen auf dem Landesrecht. Ihnen soll der neue Feiertag für das ganze Reich hinzugefügt werden. Für diesen Feiertag gelten alle Vorschriften, die für die in die Woche fallenden kirchlichen Feiertage und die zweiten Feiertage der hohen kirchlichen Feste erlassen sind. Deshalb darf z. B. an diesem Tage ebenso wenig ein Lohnabzug erfolgen, wie an anderen Feiertagen.

Norman Davis kommt nach Berlin

Unaufhaltbar wird Amerika in den Wirbel europäischer Politik hineingezogen. Der amerikanische Delegierte Norman Davis, der vor einigen Tagen von Amerika nach Europa zurückgekehrt ist, befindet sich auf einer Rundreise, die dieser Tage nach Berlin führen wird. Fast zu gleicher Zeit reist der englische Ministerpräsident MacDonald nach Washington zu Roosevelt, um sich mit ihm über die Fragen der Weltwirtschaftskonferenz, der Abrüstung, aber auch wohl der europäischen Politik, zu unterhalten. Auch Frankreich sucht eine Bepfischung in Washington.

Es sind dreieinhalb Jahre her, seit Macdonald in Washington mit Hoover verhandelte. Der damaligen Reise des englischen Ministerpräsidenten wurde größte Bedeutung beigemessen, denn man erwartete von ihr sehr viel. Diese Erwartungen wurden enttäuscht. Macdonald hat keine Heilsbotschaft aus Amerika mitgebracht. Wird er diesmal glücklicher sein? In England ist man schon seit langem skeptisch, in Bezug auf gewisse Unternehmungen des Ministerpräsidenten. Die besten Absichten Macdonalds werden durch die politische Realität zunichte gemacht. Als der bekannte konservative Politiker Winston Churchill kürzlich im Unterhaus sich sehr ironisch über das außenpolitische Talent Macdonalds äußerte, löste er große zustimmende Fröhlichkeit aus. In heutiger Zeit genügen weniger denn je gute Absichten — man erwartet von den Diplomaten positive Leistungen.

Der englische Ministerpräsident wird in Washington bemüht sein, Roosevelt für seine Pläne zu gewinnen, vor allen Dingen wird Macdonald versuchen müssen, das Vertrauen der Amerikaner gegenüber einer „Diktatur der europäischen Großmächte“ zu zerstreuen. Vielleicht wird er Roosevelt günstig zu stimmen versuchen durch die Konzessionen auf wirtschaftspolitischen Gebiet. Man weiß in England sehr gut, daß Roosevelt außerordentlich viel an dem Gelingen der Weltwirtschaftskonferenz liegt. Das Zusammengehen der beiden angelsächsischen Mächte würde die Erfolgchancen der Weltwirtschaftskonferenz erheblich vergrößern. Demensprechend wird auch die Reizung Roosevelts größer sein, in der Frage der europäischen Politik den englischen Kurs einzuschlagen.

Eitrig war Frankreich in den letzten Tagen bemüht, den Sonderbeauftragten Roosevelts in Europa, Norman Davis, auf seine Seite zu bringen. Es fiel auf, daß der entscheidenden Kabinettsitzung in Paris die Beratungen mit Norman Davis über den Vierer-Pakt vorangingen. Man hat den Eindruck, daß Norman Davis das Schwergewicht der europäischen Lage in Paris sieht.

Es muß angenommen werden, daß die Reise des Amerikaners nach Berlin erheblich zur Klärung der Gesamtsituation beitragen wird. Die Deutschlandreise Norman Davis wird diesem maßgebenden amerikanischen Staatsmann die Möglichkeit zu einer Aussprache mit den führenden Berliner Kreisen geben, einer Aussprache, von der möglicherweise sehr Vieles abhängen wird.

Einladung Amerikas an Deutschland

Zu Vorbereitungen für die Weltwirtschaftskonferenz

Washington, 7. April. Das Staatsdepartement hat der deutschen, französischen und italienischen Regierung durch die hierigen Botschafter die Einladung übermittelt, Vorbereitungen über die Weltwirtschaftskonferenz zu pflegen. In der Einladung wird betont, daß die eigentliche Konferenz nach wie vor für London vorgesehen ist. In Washington soll nur ein Meinungsaustausch über den Abbau der internationalen Handelszölle stattfinden, damit ein glatter Verlauf der Londoner Konferenz gewährleistet ist. Es ist geplant, mit jeder Macht einzeln zu verhandeln.

Der Arbeitsmarkt

Ablgang der Arbeitslosigkeit im Reich

Berlin, 7. April. Die Frühjahrsentlastung des Arbeitsmarktes hat in der Zeit von Mitte bis Ende März so gute Fortschritte gemacht, daß die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen vom 16. bis 31. März um rund 337 000 zurückgegangen ist. Die Reichszahl der Arbeitslosen beträgt Ende März rund 5 508 000. Sie ist damit schon um rund 449 000 oder 7,4 % unter dem winterrückständigen Höchststand, während im Vorjahr der Umkehrung erst in der zweiten Märzhälfte einsetzte und bis Ende März eine Entlastung von 95 000 brachte.

Anerkannte Wohlfahrtsverbände wurden Ende des Monats von den Arbeitsämtern rund 2 373 000 gezählt. Ihre Zahl ist im Laufe des Monats um rund 103 000 gesunken. Im Freiwilligen Arbeitsdienst wurden rund 314 000 junge Deutsche beschäftigt.

Entlastung des Arbeitsmarktes

Stuttgart, 7. April. Die Frühjahrsentlastung des Arbeitsmarktes hat in der zweiten Hälfte des März so gute Fortschritte

gemacht, daß in Südwestdeutschland die Zahl der Arbeitslosen von Mitte März bis Ende März um 20 372 Personen zurückgegangen ist. Ein ganzes Drittel des Abganges entfiel auf die Bauarbeiter; die übrigen Gruppen waren mit Ausnahme des Bergbau- und Metallgewerbes und der Tabakindustrie, die entgegen der allgemeinen Entwicklung zunehmende Arbeitslosenzahlen zeigen, in unterschiedlichem Grade an der Besserung beteiligt. Im Vorjahr war am 31. März die Zahl der Arbeitslosen um 43 529 größer als in diesem Jahre.

Magnahmen gegen jüdische und margistische Ärzte

Berlin, 7. April. Von dem Kommissar der ärztlichen Spitzverbände wird dem Nachrichtenbüro des R.D.Z. mitgeteilt, daß in den freien geistigen Berufen und Arbeitsstätten der Ärzteschaft seit langem ein besonders großes jüdenmäßiges Mißverhältnis der jüdischen Geistesarbeiter zu den deutschstämmigen bestehe. Um dieses Mißverhältnis zu beseitigen, seien auf dem Gebiete des Gesundheitswesens und der ärztlichen Tätigkeit bereits eine Reihe von Magnahmen durchgeführt oder eingeleitet worden. Die von einzelnen Ländern eingesetzten Kommissare für das Gesundheitswesen hätten eine große Zahl jüdischer Ärzte aus Universitäten, Instituten, Kliniken und aus dem kommunalen Gesundheitsdienst entlassen. Der Kommissar der ärztlichen Spitzverbände habe veranlaßt, daß in allen Gliederungen der Berufsorganisation die jüdischen Ärzte aus den Vorständen und aus der Geschäftsführung ausgeschlossen würden. Auf Veranlassung des Kommissars bereite das Reichsarbeitsministerium Magnahmen vor, um die jüdischen Vertrauensärzte und Gutachter bei den Versicherungssträgern und Versicherungsanstalten auszuschneiden. Die Unternehmungen für den freiwilligen Arbeitsdienst würden nicht mehr von jüdischen Ärzten vorgenommen werden. Die Vorschriften für die Zulassung zur losenärztlichen Tätigkeit würden so geordnet, daß jüdische Ärzte nicht mehr oder nur in Ausnahmefällen zur losenärztlichen Tätigkeit zugelassen werden. Zur Durchführung der entsprechenden Vorschriften werde der Reichsausschuß für Ärzte und Krankenkassen in seiner Zusammensetzung geändert. Von den gleichen Magnahmen würden auch margistische und solche Ärzte betroffen, die sich innerlich auf die Gleichschaltung und die Erordernisse der heutigen Zeit nicht einstellen wollen oder könnten. Die Krankenkassen und ihre Vereinigungen und Verbände würden in gleicher Weise gereinigt. Mit unerschütterlicher Strenge werde gegen die vorhandenen Korruptionserscheinungen vorgegangen.

Konferenz der Justizministerien über die Anwaltsfrage

Berlin, 7. April. Am Freitag fand im Reichsjustizministerium eine Konferenz über die Wiederzulassung jüdischer Rechtsanwälte und Notare statt. An dieser Konferenz nahmen Vertreter der Landesjustizbehörden teil, und zwar jumeist die Reichsministerien und Minister selbst. Hauptgegenstand der Besprechungen war, daß die Landesjustizverwaltungen Darlegungen über die Magnahmen machen könnten, die sie selbst bereits auf diesem Gebiete getroffen haben und daß die Länder ihre Wünsche für eine reichsrechtliche Regelung der Zulassung jüdischer Rechtsanwälte vorbringen könnten. Das Reichsjustizministerium nahm diese Darlegungen und Wünsche zur Kenntnis. Wie das Nachrichtenbüro des R.D.Z. weiter hört, ist mit einer reichsrechtlichen Regelung der Frage in aller Eile zu rechnen.

Die außenpolitische Debatte in Paris

Paris, 7. April. Im Verlauf der außenpolitischen Debatte sprach der Deutschener Herr Jeanlin-Bouillon, der dem Viererpakt den Kampf ansetzt, weil er lediglich ein Reaktionsmittel zugunsten Deutschlands auf Kosten der französischen Alliierten darstelle. Kein französischer Alliierte werde auch nur einen Quadratkilometer seines Gebietes hergeben. Frankreich selbst würde das nächste Opfer sein. Frankreich hätte auch die deutsche Gleichberechtigungsforderung aufs schärfste bekämpfen sollen. Der Redner schloß mit einem Appell an Frankreich, die Führung der reaktionsgegnerischen Nationen zu übernehmen.

Herriot vertrat seine bekannte These, daß Frankreich angeht eines geeinten Deutschlands nicht allein bleiben dürfe und erklärte zur Reaktionsfrage es gebe keinen einzigen französischen Abgeordneten, der auf die Freundschaft der Kleinen Entente, Polens und Belgiens verzichtet hätte.

Außenminister Paul Boncour legte ein Bekenntnis zur Völkerbundspolitik ab. Frankreich brauche vor einer Herabsetzung seiner Armee gegenüber einem Berufsarmee nicht mehr besorgt zu sein, da man künftig außer dem Berufsarmee auch den militärischen Verbänden Rechnung tragen werde. Die meisten Mächte hätten die Möglichkeit der Abhütung Frankreichs erkannt. Widerspruch sei von Deutschland und Italien gekommen. Wenn diese beiden gegnerischen Blöcke sich vorziehen sollten, dann allerdings würde Europa den Krieg erleben. Sowohl England wie Frankreich seien der Ansicht gewesen, daß man auf jeden Fall etwas habe unternehmen müssen. Der englischen Loyalität müsse er Anerkennung zollen. Auch trenne keine wirkliche Opposition Frankreich von Italien. Macdonald sei mit Frankreichs Zustimmung nach Rom gegangen. Man dürfe die Möglichkeit einer Zusammenarbeit unter den vier Mächten nicht vernachlässigen, um die Friedensaussichten zu vermehren. Frankreich werde, ein Element der Zusammenarbeit zu organisieren und die Opposition zu überwinden. Die Regierung sei verpflichtet, dem von Italien gemachten Vorschlag zu folgen, d. h. eine Zusammenarbeit der vier Westmächte in allen sie interessierenden Fragen sicherzustellen.

Zum Schluß hat die Kommer den Antrag Marins auf Rückverweisung von Artikel 1 des Budgets für auswärtige Angelegenheiten, gegen den Ministerpräsident Daladier die Vertrauensfrage stellte, mit 430 gegen 107 Stimmen abgelehnt. Die Regierung erzielte also eine Dreiviertelmehrheit aller Stimmen.

Neues vom Tage

Margistische Sender in Karlsruhe beschlagnahmt
 Karlsruhe, 7. April. Wie die Pressekreise beim Staatsministerium mitteilt, wurde von der politischen Polizei bei dem Klempner Steinbach eine vollständige Kurzwellensende- und Empfangsanlage beschlagnahmt. Steinbach gehörte dem aufgelösten Arbeiterradiobund an.

Ein Jahr Gefängnis für Verbreitung von Grenznachrichten

Berlin, 7. April. Vor dem neugebildeten Berliner Sondergericht wurde der erste Prozeß verhandelt. Der Angeklagte der jüdische staatenlose Händler David Peisten, wurde wegen Verbreitung gegen die Verordnung des Reichspräsidenten zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. — Peisten hatte am 24. März auf dem Düsselmarkt in Berlin-Steglitz Grenznachrichten über angebliche Judenverfolgungen in Deutschland der Wahrheit zuwider verbreitet.

Eine lichtenkeimliche Erklärung zum Fall Rotter

Badag, 7. April. Regierungschef Dr. Hoop teilt entgegen anderslautenden Gerüchten mit, daß bei der verletzten Einführung der Brüder Rotter keineswegs ein nationalsozialistischer Komplott vorliegt. Die Unterjuchung habe dies einwandfrei erwiesen.

Aus Stadt und Land

Mittwoch, den 8. April 1933

Kirchenkonzert. Wir möchten nochmal auf das Konzert des Musikvereins verweisen. Die Zeit des Konzerts ist so festgesetzt, daß Auswärtige gut noch den Zug über das Auto erreichen können. Die Preise sind so niedriger gehalten, daß es jedem möglich sein kann, die erste und feierliche Musik von H. Schütz zu hören. Das Konzert ist eine würdige Einleitung der Karwoche und ruft zu innerer Besinnung und Sammlung.

Landtagsabg. Ph. Böhner Vorsitzender des Verbands Würt. Gewerbevereine und Handwerkervereinigungen. Bei der Sitzung der Gauvorstände der Gewerbevereine in Stuttgart ist anstelle des zurückgetretenen Handwerkskammerpräsidenten, Flachsenobermeister Henne Tübingen, Landtagsabgeordneter Philipp Böhner als Vorsitzender des Verbands der Württembergischen Gewerbevereine und Handwerkervereinigungen gewählt und zugleich als kommissarischer Präsident der Handwerkskammer Reutlingen bestimmt worden.

Kommissar für Volksgesundheit. Staatspräsident Rurt hat den Reichstagsabgeordneten Dr. med. Stähle in Ragold zum Staatskommissar für Volksgesundheit ernannt.

Ein Geflügelzucht-Lehrkurs in Ragold. Auf den am 20. und 21. April in der Landwirtschaftsschule in Ragold stattfindenden Geflügelzucht-Lehrkurs sei auch an dieser Stelle hingewiesen. (Siehe Inserat.)

Verlängerte Gültigkeitsdauer der Sonntagsrückfahrkarten. Bekanntlich wurde vor einiger Zeit die Gültigkeitsdauer der Sonntagsrückfahrkarten in der Weise erweitert, daß die Möglichkeit zum Antritt der Rückreise mit Sonntagsrückfahrkarten an Montagen oder an Tagen nach Festtagen bis 12 Uhr mittags ausgedehnt wurde. Diese Magnahme, die vorläufig bis zum 1. April gegolten hatte, wird bis auf weiteres beibehalten. — Wie an Weihnachten und Neujahr, werden auch über Ostern bei der Reichsbahn Festtagsrückfahrkarten zu ermäßigten Preisen und mit verlängerter Geltungsdauer für alle Verbindungen ausgegeben. Die Karten gelten zur Hin- und Rückfahrt an allen Tagen vom 6. April 0 Uhr bis zum 9. April 24 Uhr und vom 13. April 0 Uhr bis zum 18. April 24 Uhr. Die Hin- und Rückfahrt muß am 9. und 18. April um 24 Uhr beendet sein. Zur Rückfahrt gelten sie an allen Tagen vom 8. April 12 Uhr bis zum 19. April 24 Uhr. Die Rückfahrt muß am 10. und 19. April um 24 Uhr beendet sein. Die Entfernungszone von 250 Kilometer für Arbeiterrückfahrkarten ist aufgehoben. Schnell- u. Eilzüge können benutzt werden.

Freudenstadt, 7. April. Gestern vormittag war eines der Fuhrwerke der Brauerei „Dreifönig“ damit beschäftigt, Müll an den Auffüllplatz im Bosenloch zu führen. Dabei gab die Erde nach und der Wagen mit samt den Pferden rutschte den Abhang hinunter und wurden erst wieder am Fuße, der unten im Tal angebracht ist, aufgehoben. Die Pferde trugen zahlreiche Schürfwunden davon. Der Führer des Wagens konnte abspringen und erlitt keinen Schaden.

Bad Liebenzell, 7. April. (Reichstagsler Hitler nimmt die Ehrenbürgererschaft an.) Reichstagsler Adolf Hitler hat an den Stadtrat folgendes Schreiben gerichtet: „Das mir vom Stadtrat Liebenzell verliehene Ehrenbürgerrecht erfüllt mich mit aufrichtiger Freude. Ich nehme hiermit die Ehrenbürgererschaft an und bitte, dem Stadtrat meinen ergebensten Dank sowie meine aufrichtigsten Glückwünsche für das Blühen und Gedeihen von Liebenzell auszusprechen zu dürfen.“

Herrenberg, 7. April. (80. Geburtstag.) Herr Walter Fischer, der Gründer und Geschäftsführer des Herrenberg Verbandes für ev. Krankenschwestern feiert heute seinen 80. Geburtstag. In geistiger und körperlicher Frische versteht der verdiente Schwesternpfarrer heute noch sein vielgestaltiges Amt.

Oberndorf, 6. April. (Waldbrand.) Ein 15 Jahre alter Bursche vergnügte sich an der steilen Halde zwischen der alten Boller Steige und der neuen, nach Boll führenden Straße mit Zündeln. Durch einen Windstoß angefaßt, stieg plötzlich eine gewaltige Flamme empor und entzündete das pulverbürte Gras, so daß der Junge das Feuer nicht mehr meistern konnte. In wenigen Augenblicken fand ein großes Stück der mit Tannen und Kieferholz bewachsenen Halde in hellen Flammen. Da für den angrenzenden Hofwald größte Gefahr bestand, mußte die Feuerwehr antreten, die dann das Feuer eindämmte, bevor nennenswerter Schaden entstand.

Lesen Sie unsere Zeitung



Stuttgart, 7. April. (Ein Kommissar beim Landesamt.) Arbeitsamtsdirektor Kildes in Freiburg i. Br. ist zum Kommissar beim Landesamt für Süddeutschland in Stuttgart bestellt worden.

Anordnung des Staatskommissars. In einer 2. Anordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Stadtoverwaltung Stuttgart hat der Staatskommissar für die Stadt Stuttgart die ärztliche Versorgung der Unterstützungsempfänger neu geordnet. Danach haben die Fürsorgeunterstützungsempfänger ab 15. April grundsätzlich freie Wahl unter den in Stuttgart bei den Kassen zugelassenen Ärzten. Süssliche Ärzte werden nur zur Behandlung süsslicher Unterstützungsempfänger zugelassen. Bei den Kassenfahrtsunterstützungsempfängern verbleibt es im allgemeinen bei der bisherigen Regelung, da hier schon freie Auswahl bestand.

Wetzheim, 7. April. (Betriebsunfall.) In der Zechfabrik G. Siegle u. Co. ereignete sich nachts ein tödlicher Betriebsunfall. Beim Umfüllen von Salzsäure explosionsfähiger Säurebehälter. Der damit beschäftigte Arbeiter Müller wurde von der Säure überschüttet und ist bald darauf seinen Verletzungen erlegen.

Heilbronn, 7. April. (Bombenwurf.) Donnerstag nachmittags ist kurz vor sechs Uhr von jungen Leuten in den Laden von Wohlwert in der Sülmerstraße eine mit Schwarzpulver gefüllte Bombe durch die Ladentür herein geworfen worden. Durch die starke Erschütterung ging ein Schaufenster in Scherben, ein zweites Schaufenster wurde ansehnend durch einen Hammerwurf eingeschlagen. Die Täter entkommen unerkannt.

Mannholz, O. A. Wetzheim, 7. April. (Das Genid gedrohen.) Anfang dieser Woche besörderte ein Fuhrwerk eine Kuhsteuer von Wetzheim nach Mannholz. Die auf dem Wagen sitzende Frau Bauer von Wetzheim fiel plötzlich herunter und brach das Genid. Das Auto lieferte sie ins Krankenhaus in Wetzheim ein, wo sie hoffnungslos darniederliegt.

Wom Bodenjee, 7. April. (Großer Andrang auf dem Bahnamt.) Auf dem Bahnamt Konstanz herrscht großer Andrang wegen der Eintragung des Ausreisepaßvermerks.

Waldsee, 6. April. („Verschluckt den Löffel samt dem Stiel.“) Von einem Landhändler wurden zwei jüngere Wanderdurchreisende wegen Betrugs ausgegriffen und ins Amtsgerichtsgesängnis eingeliefert. Aus Verärgerung darüber verschluckte der eine davon, der bereits vorbestraft ist, einen Löffelstiel. Er mußte ins Bezirkskrankenhaus verbracht werden, wo alsbald eine Operation vorgenommen wurde. Um den Patienten soll es nicht gut stehen.

Änderung im Vorsth des Verbands Württ. Gewerbevereine und Handwerksvereinigungen

Keutlingen, 7. April. In einer Sitzung der Gauvorstände des Verbands Württ. Gewerbevereine erklärte der langjährige Vorsitzende des Verbandes, Klähnrobermeister Henne-Udingen, daß seine Person kein Hindernis bilden werde, wenn eine Umwandlung in der Führung des Verbandes Württ. Gewerbevereine gewünscht werden sollte, obwohl er sich demüthigt, jederzeit seine ganze Kraft in den Dienst des Handwerks gestellt zu haben. Er erklärte ferner, daß er angesichts der Lage freudig von seinem Amt als Vorsitzender des Verbandes und der Handwerksvereine zurücktritt und schied als seinen Nachfolger Scheinmeister und Landtagsabg. Bäumer-Ragold vor. Dem neuen Verbandsvorsitzenden wurde von der Bestimmung einmütig großes Vertrauen ausgesprochen, für das er herzlich dankte, wobei er auch dem scheidenden Vorsitzenden für alle von ihm geleistete Arbeit herzlich dankt zum Ausdruck brachte. Nachdem dann noch von verschiedenen anderen Seiten dem scheidenden Vorsth-Udingen gedankt worden war, erläuterte Landtagsabg. Tempel-Stuttgart Zweck und Ziele des Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes der NSDAP, worauf Abg. Bäumer mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland und das deutsche Handwerk die Versammlung schloß.

Die Geschäftsstelle des Verbands Württ. Gewerbevereine bleibt bis auf weiteres in Keutlingen. Klähnrobermeister Henne erklärte auf Wunsch des Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes der NSDAP, auch seinen Rücktritt als Vorsitzender der Handwerkskammer Keutlingen. Als sein Nachfolger wurde kommissarisch Scheinmeister und Landtagsabg. Bäumer-Ragold bestellt.

Der Handwerkskammerpräsident in Ulm tritt zurück

Ulm, 7. April. Nach der Präsident der Handwerkskammer Ulm, Weiser, ist von seinem Amt zurückgetreten. Damit ist bei sämtlichen Präsidentenposten der vier württembergischen Handwerkskammern, nämlich Stuttgart, Heilbronn, Keutlingen und Ulm, ein Wechsel eingetreten.

Geleg über Gemeindevertretungen

Stuttgart, 7. April. Durch Paragraph 12 Absatz 1 des Gesetzes zur Gleichhaltung der Länder mit dem Reich vom 31. März 1933 sind die Gemeindeämter aufgelöst worden. Die Neubildung der Gemeindeämter muß bis zum 30. April 1933 durchgeführt sein. Wenn in der Zwischenzeit die Vertretung und Verwaltung der Gemeinden zumutbar ist in dem Reichsgebiet nicht gelang. Das Staatsministerium hat deshalb ein Gesetz erlassen, wonach bis zur Neubildung der aufgelösten Gemeindeämter der Ortsvorsteher die Gemeinde vertritt und ihre Angelegenheiten verwaltet. Dieses Gesetz tritt mit der bereits erfolgten Verkündung im Reichsgesetzblatt in Kraft. Es ist dies das erste Gesetz, das von dem Staatsministerium auf Grund der Ermächtigung in Paragraph 1 des Gleichhaltungsgesetzes erlassen wird.

Erklärung des Württ. Gemeindetags

Stuttgart, 7. April. Der Gesamtvorstand des Württ. Gemeindetags hat eine Erklärung beschlossen, wonach sich der Gemeindetag immer fröhlich hinter die nationale Regierung stellt und gewillt ist, mit ihr tatkräftig auf eine Erhaltung von Volk und Land mitzuwirken. Bezüglich der Gleichhaltung der Gemeindevertretungen wurde es als dringend erwünscht bezeichnet, daß die kleineren Gemeindevertretungen, die auf die Versorgung örtlicher Angelegenheiten beschränkt sind und durch Mehrheitswahl gebildet wurden, in ihrem alten Bestand bestehen dürfen.

Funktionäre der NSD. festgenommen

Stuttgart, 7. April. Vom Vorgesetztenamt Stuttgart wird

mitgeteilt: Bei der Aushebung der Funktionäre der NSD. in der Nacht vom 3. auf 4. April 1933 in D. R. wurde u. a. ein Mann festgenommen, der angeblich Karl Knipper zu heißen und auf diesen Namen haben verschiedene Ausweispapiere bei sich trug. In Hand der von ihm abgenommenen Fingerabdrücke konnte festgestellt werden, daß es sich um den Organisationsleiter der Württ. Bezirksleitung der NSD. Wilhelm Bechtel, handelt. Bechtel, der bisher das Haupt der illegalen NSD.-Verteilung war, wurde nach am 4. April auf den Heuberg „verschickt“. Die Maßnahmen zur Bekämpfung illegaler Waffen führte in der vergangenen Nacht u. a. zur Sicherstellung von drei leichten Maschinengewehren und mehreren tausend Schuß Munition.

Geschlossener Uebertritt zur Deutschen Turnerschaft

Stuttgart, 7. April. In seiner Vorstandssitzung am 1. April und seiner Gesamtsitzung unter Vorsitz des acht Gauvorsitzenden am 4. April hat der Schwäbische Turn- und Spielverband beschlossen, mit sofortiger Wirkung sich dem ersten Kreis Schwaben der Deutschen Turnerschaft anzuschließen. Der Schwäbische Turn- und Spielverband glaubt diese Maßnahme in Anbetracht der nationalen Erhebung des Vaterlandes schuldig zu sein und dadurch sein Teil zur Bewirkung des Einheitsportgedankens beizutragen zu haben.

Aus Baden

Wiesbaden, 7. April. (Ein Baugesellschafts-Scandal.) Bei der gestern abend 7 Uhr stattgefundenen Hauptversammlung der „Gemeinnützigen Baugesellschaft m. b. H. Wiesbaden Stadt“ wurden heillose Zustände unter früherer Geschäftsführung aufgedeckt. Die alte Geschäftsführung beschäftigte zwei Geschäftsführer, drei Architekten und daneben einen großen Stab mit eigentlichen Arbeits- und Hilfskräften auf dem Bau. Eine ordentliche Buchführung bestand nicht, ebenso kein Bank- oder Sparkonto trotz großer Einkünfte. Wie unter der Geschäftsführung der Herren Vint und Baumann gearbeitet wurde, läßt sich wohl kaum beschreiben. Wie die Betätigung des Herrn Vint aber an unwürdiger Behörde eingeleitet wurde, geht aus den Worten eines Regierungsrats im hiesigen Bezirksamt hervor, der einmal sagte: „Wenn man von dem Geschäftsführer eine Erklärung haben will, muß man ihn schon polizeilich vorführen lassen!“ Dieser Herr Vint hat u. a. Beschlüsse des früheren Aufsichtsrates nicht ausgeführt und diesem wichtige Vorgänge gänzlich verschwiegen. Selbstverständlich hat er auch allen im Hintergrunde zu verbergen gehabt. Ein launmännlicher Geschäftsführer ist nicht an seine Stelle getreten. Bei der „Gemeinnützigen Baugesellschaft“ dürfte sich niemand mehr über etwas wundern. Es ist festgestellt worden, daß ein Drittel aller Beiträge unkorrekt ist; dieser Teil ist bewußt in einer Form aufgeführt, die gegen die guten Sitten, gegen den Gesellschaftsvertrag und gegen den gesunden Menschenverstand verstößt. Einige bis zum Himmel „fliegende“ Hölle brachte der Vorsitzende zur Kenntnis der Versammelten. Danach ist z. B. ein Häuerraus erfolgt, nachdem eine Anzahlung geleistet worden war, die etwa ein Vierteljahr als Gegenwert darstellte. Dann wurden keine Zinsen gezahlt, keine Mieten geleistet, sondern — ein Darlehen von der Gesellschaft genommen. Ferner gab es Häuser, die ohne Abzahlung und selbstverständlich mit Mietrückständen von der Gesellschaft zurückgekauft und bezahlt wurden. Das alles geschah mit der Genehmigung des Aufsichtsrates, und auch die Mitglieder haben viele Jahre lang zugehört. Das Jahr schließt mit einem Verlust von 185.280,17 M. ab, der gedeckt werden soll aus den Reserven (40.000 M.), dem Erneuerungsfonds (23.000 M.), während der Rest auf neue Rechnung vorgetragen werden muß. Ob sich die Gesellschaft am Leben erhalten wird, ist sehr fraglich.

Wiesbaden, 6. April. (In Ottenhöfen eine Geheimbrennerei ausgehoben.) Beamten des Bezirksvollzugsamts Albern ist es gelungen, Meier Tage in Ottenhöfen eine bereits seit längerer Zeit im Betrieb befindliche Geheimbrennerei, auf der vornehmlich sogenannter „Futterwädel“ zu Branntwein verarbeitet wurde, auszuheben. Täter, Gehtzen und Heiler wurden sich zu verantworten haben.

Turnen, Spiel und Sport

Sportverein Altensteig I — Sportverein Tumlingen I 2:4
Sportverein Altensteig II — Sportverein Tumlingen II 3:1

Fußball. Als zweiter Gegner in den abgeschlossenen Privatspielen trat am vergangenen Sonntag der Sp. S. Tumlingen (A-Klasse) in Altensteig an. Unsere Mannschaft, welche durch das Fehlen des Mittelstürmers sehr geschwächt war, fand sich in diesem Spiel absolut nicht zusammen und nahm das Spiel von Anfang an zu leicht, während Tumlingen sofort sich energisch ins Zeug legte und infolge der übertriebenen Ueberlegenheit sich besser durchsetzte, allerdings kam ihnen bei zwei Toren ein Misverständnis zwischen Verteidiger und Torwart zum Torkurzgang. — Die zweiten Mannschaften spielten bis kurz vor Schluß 1:1 unentschieden und erst ein kräftiger Endspurt brachte Altensteig den verdienten Sieg.

Am morgigen Sonntag kommt nun ein in Altensteig besser bekannter Gast nach hier, der Sportverein Dornketten, mit welchem Altensteig schon längere Zeit freundschaftsbande verknüpft. Die auszuspielenden Spiele sind Radsport, bei dem ersten Mannschaften aus einem Wintermehrsportspiel, das zu Gunsten Altensteigs mit 3:0 endete, während die Jugend und die zweiten Mannschaften aus früheren Spielen noch rüftig sind. Dornketten I hat während der vergangenen Verbandsspiele sich sehr gut gehalten und steht in der Tabelle am zweiten Platz, es ist also ein harter Gegner zu erwarten, der verstanden will, sich für den von Altensteig in Dornketten errungenen Sieg zu revanchieren. H. H.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Begins des Bierauschankes. Erstmals seit dem Jahre 1917 wurde in der Nacht zum Freitag Punkt 18 Uhr in zahlreichen Hotels und Gaststätten Washingtons alkoholfreies Bier ausgeschänkt, das nur 4 Prozent Alkohol enthält. Ganz Washington feierte die Rückkehr Amerikas zum Bier.

Drei Todesopfer einer Granatexpllosion. Wie aus Boulogne-lur-Mer berichtet wird, sind drei junge Leute, die bei Auchy-lès-Moires eine Granate aus der Kriegszeit gefunden hatten und sie entladen wollten, durch die Explosion dieses Sprengkörpers ums Leben gekommen.

Panik bei einer Kinovorführung. Bei einer Kinovorführung in einem Saal des Rathauses von Cadours bei Paris brach in der Kabine des Filmapparates ein Brand aus. Unter den Zuschauern entband eine Panik. Bei dem Dedingen nach dem Ausgange wurden etwa 50 Personen verletzt.

Handel und Verkehr

Getreide.
Berliner Produktenbörse vom 7. April. Weizen märk. 196 bis 198, Roggen märk. 155-157, Braugerste 172-180, Futter- und Industriegerste 163-171, Daler märk. 123-126, Weizenmehl 23 bis 25.90, Roggenmehl 20.60-22.60, Weizenkleie 8.40-8.90, Roggenkleie 8.75-9, Viktoriaerbsen 20-23, kleine Sojabohnen 19 bis 21, Futtererbsen 13-15 RM. Alaemene Tendenz: allgemein fest.

Zwangsvollstreckung

Haiterbach, 8. April. (Zwangsvollstreckung.) Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die auf Kartung Haiterbach gelegenen Grundstücke des Friedrich Ottmar, Waldhornwirts, und seiner Ehefrau Wohnhaus mit Kegelrei und Wirtshaus, Gras- und Baumgarten, sowie Keder, insgesamt geschätzt zu 15 933 RM., am Dienstag, den 23. Mai, versteigert werden.

Holz

Nach den neuesten Meldungen hat der schweizerische Bundesrat das Nadelknaulholz-Kontingent für Deutschland von 5000 Tonnen genehmigt. Dieser Satz entspricht dem Vertragsabkommen vom Juli letzten Jahres, nach welchem der damalige Satz von 3400 Tonnen auf 5000 Tonnen erhöht wurde. Als Ausgleich hat Deutschland sich bereit erklärt, Erleichterungen für die Verbilligung schweizerischer Maschinenbestandteile zuzubilligen. Das neue festgelegte Kontingent entspricht jedoch noch nicht voll den deutschen Erwartungen.

Letzte Nachrichten

Anordnung der politischen Zentralkommission der NSDAP.

Berlin, 7. April. Die politische Zentralkommission der NSDAP veröffentlicht folgende Anordnung: Es ist den Mitgliedern der NSDAP, SA, und SS-Männern oder sonstigen Angehörigen der NSDAP, unterstellt, in die inneren Verhältnisse der Wirtschaftsunternehmen, Industrie- und Gewerbebetriebe, Banken usw. selbstständig einzugreifen, Abfragen vorzunehmen und dergleichen. Zu irgendwelchen Eingriffen muß die ausdrückliche Genehmigung der Wirtschaftsbeauftragten der NSDAP vorliegen, die nur im Einvernehmen mit der politischen Zentralkommission handeln dürfen. Rudolf Heß, Vorsitzender der politischen Zentralkommission.

Bisanzler v. Papen nach Rom abgereist

Berlin, 8. April. Bisanzler v. Papen ist Freitagabend um 9.30 Uhr mit seiner Gattin nach Rom abgereist.

Große Razzia in Nürnberg

Nürnberg, 7. April. Im Osten Nürnbergs wurde heute die größte bisherige Polizeirazzia durchgeführt. Drei Hundertschaften der Landespolsizte, 40 Kriminalbeamte und 140 SA-Hilfspolizisten nahmen an ihr teil. Bei den verschiedenen Hausdurchsuchungen wurden zahlreiche Gewehre, Karabiner und Revolver beschlagnahmt. 22 Personen wurden festgenommen.

Gestorben

Calw: Katharine Bosh geb. Kohler.

Gesellschaftliche Mitteilungen

Dem blühenden Frühjahr entgegen ist jetzt die Deutscher Autofirma W. Koch in Nagold veranstaltet einige bemerkenswerte Osterfahrten. Eine vierstägige Reise nach Italien und Südtirol zur Höhe in Bozen und Meran über den herrlichen Tiroler Fernpost nach Zill-Tal. — Ebenfalls eine mehrtägige Hochalpinfahrt zur Zugspitze, verbunden mit Besichtigung der bekannten und berühmten Königshäuser Neu-Schwabenstein und Hohen Schwangau. — Auch Reisen an unteren schönen deutschen Rheine mit seinen historischen Festen und Burgen über die blühende Bergstraße, ist eine Fahrt, die immer allgemeine Begeisterung auslöst. Die Preise dieser Fahrten sind so außerordentlich billig, daß die kleine Geldausgabe die Erholung und Abwechslung von den Alltagsgelassen wert ist. (Siehe auch Inserat.)

**Amtliche Bekanntmachungen
Feuerpolizei.**

Zwecks Verhütung von Brandfällen werden an ff. Vorschriften der Feuerpolizeiordnung vom 4. Sept. 1912 (RegBl. S. 592) erinnert:

1. Die Zündhölzer sind so aufzubewahren, daß sie Kindern nicht zugänglich sind.
2. Niemand darf in Kaminen, Schauern, Stallungen und Dachräumen nicht aufbewahrt werden, in anderen Räumen nur in Behältern aus unbrennbaren Stoffen. Brillefächer ist stets mit Wasser abzulöschen.
3. Das Entgießen von Erdöl, Benzin, Petroleum oder sonstigen flüssigen Brennstoffen in Feuer oder Glut, sowie das Nachfüllen flüssiger Brennstoffe in brennende oder noch nicht genügend abgekühlte Beleuchtungs-, Koch- oder Heizrichtungen ist verboten.
4. In Schauern, Stallungen und Kaminen darf nicht geraucht und Feuerzeug und offenes Licht nicht verwendet werden.
5. Die Elektromotoren und die elektrischen Licht- und Kraftleitungen sind stets frei von Heu, Stroh und dergleichen und auch von Staub frei zu halten.
6. Bewegliche Wäschekessel dürfen in Kaminen und Schauern nicht benützt werden und im Freien nur bei genügendem Abstand von Gebäuden.

Die Bürgermeisterämter werden beauftragt, die Schutzleute und Polizeidiener, sowie die Allgemeinheit durch Anschlag dieser Bekanntmachung an der Rathauswand auf diese Vorschriften aufmerksam zu machen und die Ortsfeuerwehrhauer entsprechend anzuweisen.

Nagold, den 7. April 1933.

Oberamt: Baitinger.



Praktische Oster-Geschenke

für Mädchen:

Kleidchen, Pullover, Schürzen
Schlüpfer, Unterröcke, Strümpfe
Mützen, Haarbänder
Bleyle's Strickkleidung

in reicher Auswahl billigst bei

Chr. Krauss.

Am 20. und 21. April, vormittags 8.15 Uhr, findet in der Landwirtschaftsschule in Nagold ein

Beflügelzucht-Lehrkurs

der Landwirtschaftskammer statt. Teilnehmergebühr 1 RM.
Anmeldungen an die Landwirtschaftskammer oder
Landwirtschaftsschule spätestens bis 15. ds. Mts.

Säcker.

Stadtgemeinde Calw.

Zu dem am nächsten Mittwoch, den 12. April 1933 stattfindenden

Vieh- und Schweinemarkt

ergeht Einladung.

Die üblichen gesundheitspolizeilichen Bedingungen sind einzuhalten. Die Schweinhändler haben bis zur Vornahme der tierärztlichen Untersuchung der Schwäne bei ihren Körben und Kästen zu bleiben, welche zuvor nicht geöffnet werden dürfen.

Bürgermeisteramt: Böhrner.

Jungviehweide Sindelfingen

Ob. Böblingen

Der Austrieb auf die Jungviehweide Sindelfingen findet anfangs Mai statt. Ausgenommen werden nur Kinder der Fleischrassen, die durchaus gesund sind. Krank befundene Tiere werden auf Kosten des Besitzers zurückgeschickt.

Das Weidengeld wurde wiederum zurückgesetzt und beträgt: bei Kindern im Gewicht von 4-5 Jtr. = 40.- RM, bei Kindern im Gewicht von 5-6 Jtr. = 44.- RM, bei Kindern im Gewicht von 6-7 Jtr. = 48.- RM, bei Kindern im Gewicht von 7-8 Jtr. = 52.- RM, bei Kindern im Gewicht von 8-9 Jtr. = 56.- RM, bei Kindern im Gewicht von über 9 Jtr. = 62.- RM.

Das je häufig beim Kauf und Abtrieb zu entrichten ist. Die Versicherungsbeiträge, sowie ein Trinkgeld von 2.- RM für ein Kind hat der Tierbesitzer zu übernehmen. Für markierte Tiere von Mitgliedern des Viehwirtschaftsverbandes i. d. Südgau werden Beiträge in Aussicht gestellt. Nur schriftliche Anmeldungen unter Angabe des Wohnorts des Besitzers, des Alters und der Farbe und evtl. Ohrmarke der Tiere haben bis spätestens 23. April ds. Ja. an die Tierärztliche Inspektion V e r z e n b e r g zu erfolgen.

Die Zulassung und der Austrieb werden rechtzeitig bekanntgegeben.

Tierärztliche Inspektion Heerenberg: (ges.) Dr. Dobler.

Der Vorstand des Landes Bezirksvereins Böblingen: (ges.) W. Treiber, Schnitzhof.

Altensteig

Geschäftsübernahme-Empfehlung

Meiner verehrten Kundschaft von hier und Umgebung mache ich die Mitteilung, daß ich das

Gipser- und Malergeschäft

meines verstorbenen Mannes in unveränderter Weise unter Mitwirkung eines tüchtigen Fachmanns weiterführe.

Ich bitte, das meinem verstorbenen Manne entgegengebrachte Vertrauen auch auf mich übertragen zu wollen und werde für fachmäßige und saubere Arbeitsausführung jederzeit besorgt sein.

Hochachtungsvoll

Frau Frida Kausser geb. Fuß

Vergabung von Bauarbeiten.

Die beim Wohnhausneubau für Herrn Karl Steeb, Sattlermeister in Egenhausen vorkommenden Grab-, Beton-, Mauer-, Zimmer-, Schmiede-, Flächner-, Gipser-, Glaser-, Schloffer-, Anstrich- und Wasserleitungsarbeiten sind im Akkord zu vergeben.

Pläne und Beschreibungen liegen bei dem Unterzeichneten auf und sind Angebote mit Preisangabe spätestens bis Mittwoch, den 12. April abends 6 Uhr daselbst einzureichen. Zuschlagsfrist 4 Tage.

Die Wahl unter den Bewerbern wird vorbehalten.

Altensteig, den 8. April 1933.

J. A.: K. Haug, Architekturbüro, Telefon SA. 287.

Sportverein Altensteig.

Mitglied d. S. F. und L. V.

Freundschafts-Spiele



am Sonntag, 9. 4.

Sp. B. Dornstetten I gegen Sp. Altensteig I Beginn 1/3 Uhr.

Sp. B. Dornstetten II Sp. B. Altensteig II Beginn 1 Uhr.

Sp. B. Dornstetten Jugend Sp. B. Altensteig Jugend Beginn 4 Uhr.

Wir bitten unsere Sportfreunde um zahlreichen Besuch.

Zum 20. April

Fahnenstoffe

in verschied. Breiten

Bestellungen auf fertige Fahnen frühzeitig erbeten.

Kaki-Stoffe

für Hemden u. Kleider

Hosenstoffe

in kariertartig

bei Reinhold Hayer



Wer Bleyle kennt

weiß, was solch ein Bleyle-Anzug aushält. Er läßt den Jungen die Freude am ausgelassenen Spiel und ist durch seine Vorzüge im Gebrauch der billigste.

Fr. Baebler

Richtliche Nachrichten.

Evangelischer Gottesdienst

Palmsonntag, 9. April, Vormittagsgottesd. um 1/2 10 Uhr mit Predigt über die Leidensgeschichte: Teuer erkauft. Led 376.

Anschließend Abendmahlfeier mit den Neukonfirmierten.

Nachmittags 2 Uhr Christnlehre m. d. Neukonfirmierten. Nachmittags 2 Uhr Gemeindegottesdienste.

Nachmittags 5 Uhr Kirchenkonzert.

Am Dienstag abend fällt die Bibelstunde aus.

Am Gründonnerstag Abendmahlsgottesdienst um 5 Uhr.

Am Karfreitag, Vormittagsgottesdienst um 1/2 10 Uhr mit Feier des heiligen Abendmahles.

Abends 5 Uhr Liturgischer Gottesdienst in der Kirche.

Methodistengemeinde.

Sonntag, den 9. April, vormittags 9 1/2 Uhr Predigt, vormittags 10 1/2 Uhr Sonntagsschule.

Am 7. und 8. April Predigt. Am 5. den 12. April abends 8 Uhr Bibel- und Gebetsversammlung.

Kirchenkonzert

in der Stadtkirche Altensteig

am Palmsonntag, 9. April 1933, nachmittags 5 Uhr

Historia der Auferstehung Jesu Christi

von Heinrich Schütz

Mitwirkende: Kurt Hoffmann-Nagold (Tenor)

Ludwig Haisch-Nagold (Cello und Orgel)

Frau Oerpostmeister Häge (Cembalo)

Musikverein Altensteig und kl. Streichorchester

Leitung: Lehrer Proß-Altensteig.

Eintrittspreise: Nummerierter Platz 1.- RM.
alle anderen Plätze 50 Pfg.
Texte 10 Pfg.

Süße Schlager:

Vollmilch-Schokolade in Oster-Etiketten zu Geschenk-Zwecken

3 Ttl. Vollmilch à 50 Gr. 50 Pf.
2 Ttl. Vollmilch à 100 Gr. 50 Pf.
5 Ttl. Vollmilch à 100 Gr. 1.-

Ferner Marken-Chocolade Eszet, Waldsaur in groß. Auswahl Pralinen in Oster-Etiketten: in 100, 200, 400 Gramm-Carton

M -40, -80, 1.50 in 1/2, 1/3 und 1 Pfd.-Carton

M -60, 1.20, M 2.20

Block-Chocolade 1 Tafel 20 Pf.
Crème-Chocolade 1 Tafel 20 Pf.
Reisblock 1 Tafel 25 Pf.
Eidaufl 24 fig. 200 Gramm 40 Pf.
3 Rippen 5 Pf.

Pralinen, Likörbohnen Weinbrand, Kirschen in Stängel in großer Auswahl

Riesenkeks 1 Rolle 30 St. 10 Pf.
Chocoladekeks 1 Rolle 20 Pf.
Keksmischung lose 1/2 Pfd. 25 Pf.

Waffelstäbe 1 Stück 1 Pf.
Waffeln, gefüllte 1 Stück 1 Pf.
Chocolade-Waffeln 1 Stück 1 Pf.
Vanille, Choc.-Waffeln 1 St. 5 Pf.
Waffeln in Cellophan-Packungen à 10-25 Pf.

Altensteig Chr. Burghard jr.

Fürs Frühjahr

moderne billige

Hüte und Mützen

Alleinverkauf

der

gediegenen, federleicht.

Mayser-Hüte

von Mk. 8.50 an

Christian Theurer

Ecke Bahnhof- und Leonhardstr. Nagold.

Schöne

Friedhof-Planen

gibt ab

Georg Adam, Baumwart,

Neuweller.

Ca. 8 Str.

Heu

und ca. 15 Str.

Weizenstroh

hat zu verkaufen.

Wer sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Rudolf Dambach

Liesel Dambach

geb. Heur

Vermählte

Ludwigshafen a. Rh.

Altensteig

8. April 1933.

Heute und Montag, 10. April

keine Sprechstunde

Zahnarzt Dr. Seydel.

Praktische Oster-Geschenke

für Knaben:

Sporthemden, Braunhemdenstoffe
Kniestrümpfe, Socken, Kravatten
Hosenträger, Taschentücher
Bleyle's Strickkleidung

in reicher Auswahl billigst bei

Chr. Krauss.

Auf sofort wird ein tüchtiger, selbständiger

Knecht

nicht unter 20 Jahren für Landwirtschaft gesucht. Solcher mit Führerschein bevorzugt, doch nicht Bedingung.

Krupp, Gaugenwald.

Altensteig

Berkaufe 30-40 Str.

Ackerbau

M. Bäckerle, Waldschüh.

Sommer-Mäntel

Sommer-Stoffe

in reicher Auswahl und billigst

bei Reinhold Hayer

